Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Neunundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 82. **Halle a. d. Saale, Montag den 18. Februar** **1895.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 17. Febr. Der Kaiser fühlte sich heute wohler. Die Erkältung ist im Abnehmen begriffen und der Kaiser hat heute das Bett verlassen. Voraussichtlich wird der Kaiser morgen wieder die regelmäßigen Vorträge entgegennehmen können. Dem Vernehmen nach wird der Kaiser an dem diesjährigen Diner des brandenburgischen Provinziallandtages, den 23. d., theilnehmen.

Zu Wilhelm Jensen's „Weckrufe."

Die kraftvollen Worte Jensen's, die wir vor einigen Tagen veröffentlichten, haben selbstverständlich diejenige Aufmerksamkeit und Beachtung, die sich geziemt, wenn ein Fürst im Reiche des Geistes redet, gefunden. Aber der Eindruck der Worte Jensen's ist selbstverständlich nicht überall der gleiche gewesen, derselbe hat vielmehr hier lodernde Begeisterung, dort grimmige Wuth, hier rückhaltlose Zustimmung, dort geifernde Abwehr geweckt. Das konnte nicht anders sein und sollte auch nicht anders, und Jensen selbst hat zweifellos beabsichtigt und von Herzen gewünscht, seine gegen die Feinde der Geistesfreiheit gerichteten Hiebe möchten so kräftig sitzen, daß Heulen und Wehklagen in den Reihen derselben entstände. Je lauter dies Geheul der Feinde erschallt, um so rühmlicher zeigt es für die vortreffliche Waffenführung ihres Züchtigers, und so können wir denn die verbissene Kritik, die „Kreuzztg.," „Reichsbote," „Post" und Konsorten an dem Jensen'schen Weckrufe üben, nur mit innigster Gemüthtuung begrüßen. Die „Post" z. B. führt zunächst einige Sätze des Jensen'schen Weckrufes an und sagt dann:

„Wer hat das geschrieben? Ist es ein Sozialdemokrat, ein bedrohter Anarchist, der sich die Geistesfreiheit der glänzenden Attentatsverherrlichung gewahrt wissen will? Nein! Ist es ein Freisinns-Barde, deren die Partei, bis zu ihrer parlamentarischen Crême hinein, eine ganze Anzahl besitzt? So furchtbar es auch schon im Reichsblatt geblüht und gedonnert hat, zu einem solchen Gewitter von Leidenschaft hat es die Partei-Poesie denn doch noch nicht gebracht. Nein, der Verfasser der oben angeführten Zeilen hat seit Jahrzehnten unter dem Striche der Zeitungen ein beschauliches Dasein geführt, er hat namentlich der Damenwelt Roman auf Roman gedoten und dabei lyrische Saiten ertönen lassen. Auch Dramen hat ihm das deutsche Volk zu danken, wenn sie auch meistens Buch blieben. Da ergreift nun den Romancier ein heftiger Drang, er will durchaus etwas Neues schreiben und giebt, gewiß zum Erstaunen vieler seiner Freunde, an Stelle von Tragödien — ein Possenspiel!"

Und zum Schluß ihres spaltenlangen Artikels nimmt die „Post" dann die Miene der gekränkten Unschuld an, vermuthlich, weil sie glaubt, mit solchem „Possenspiel" irgendwelchen Eindruck zu machen. Es heißt da:

„Herr Jensen citirt Alba, er zeigt seinen Lesern die erstickte Freiheit und die geknebelte Wissenschaft, ja er läßt eine mit grinsenden Zähnen lachende Verblendung würfeln und am Webstuhl arbeiten. Wozu der Lärm? Wo ist auch nur ein Anzeichen, daß man die Freiheit und die Wissenschaft knebeln will und die Zeiten Philipp's II. in Deutschland einführen möchte? Das ist eben, um mit Jensen zu reden: „ein fratzenhaft verzerrter Spuktraum!" Will Herr Jensen sich zum Anwalt der Sozialdemokratie machen, so möge er es gerade heraus sagen, anstatt Freiheit und Wissenschaft, die kein Mensch anzugreifen gedenkt, als Sturmbock zu verwenden."

Mit diesen Täuschungsversuchen wird die „Post" kein Glück haben, denn daß diejenigen, die an dem Grabe für die Freiheit des Geistes schaufeln, ihr trauriges Metier eingestehen sollen, ist füglich nicht zu verlangen. Für die Stimmung, in der sich die „Kreuzztg." infolge des Jensen'schen Weckrufes befindet, ist der nachfolgende Satz recht bezeichnend: „Wir sind zu wohlwollend, um mit dem „Sezirmesser der Kritik" diesem demokratischen „Weihrauchwedel" — um im Stile zu bleiben, — der seine tollen Phrasen rechts und links herumspritzt, zu nahe zu treten. Diese wenn auch nicht gerade sonnen„trunkene" Komik spricht für sich selbst!"

Wie gesagt, diese giftigen Auslassungen sind uns der beste Maßstab für die vortreffliche Wirkung der ernsten Mahnung Jensen's an das deutsche Volk. Eigenthümlich muß es berühren, daß ein freisinniges Blatt, die „Freis. Ztg.," die Angriffe, die Jensen gegen das Centrum richtet, abschwächen zu müssen glaubt mit dem Hinweis darauf, daß die Anregung zu der Umsturzvorlage nicht von Rom ausgegangen sei, sondern von den Nationalliberalen. Das mag formell richtig sein, ebenso richtig ist es aber auch, daß, wer sich gegen die Feinde der Geistesfreiheit wendet, sich immer gegen das Centrum, den Erzfeind, in erster Linie wenden muß. Und obendrein ist auch der Antheil des Centrums an der Umsturzvorlage, der es jetzt in der Reichstagskommission die Wege zu ebnen sich bemüht, noch lange nicht aufgeklärt, und in derselben Nummer der „Freis. Ztg.," in der sie sich in der vorstehend bezeichneten Weise gegen Jensen wendet, finden wir ja auch die folgende Notiz:

Zur Entstehungsgeschichte der Umsturzvorlage wird der „Frankf. Ztg." aus München berichtet, daß schon einige Zeit vor Auftauchen der Umsturzvorlage versucht worden ist, in einzelnen Centrumskreisen Stimmung für ein solches Gesetz zu machen. Für Bayern ist die Vermittelung von adeliger Seite besorgt worden. Gewissen maßgebenden Personen in Berlin soll dabei zu verstehen gegeben worden sein, sie könnten ziemlich tief ins Centrum hinein auf Unterstützung rechnen. Nach dieser Mittheilung, die auf guten Informationen beruhe, sei das Centrum noch inniger an der Umsturzaktion betheiligt, als man bisher annehmen konnte.

Vielleicht stellt es sich also noch heraus, daß Jensen mit der Belastung, die er dem Centrum aufgedeckt, auch formell durchaus im Rechte ist.

Aus höheren Regionen.

Zur Geschichte der Gegenzeichnungen hebt auch die „Köln. Volksztg." hervor, daß Abg. Richter in allen wesentlichen Punkten das Rechte berichtet habe. Die Ernennung des Grafen Botho zu Eulenburg zum Statthalter im Elsaß sei mündlich geschehen, gerade wie in dem Falle v. Natzmer, zu dem der Kaiser nach einer Truppenbesichtigung sagte: „Ich ernenne Sie zum Gouverneur von Kamerun." Herr v. Natzmer meldete sich als solcher bei dem Reichskanzler, der ihm erst gar nicht glauben wollte. Später war ein Entlassungsgesuch Caprivi's nothwendig, um v. Natzmer's Ernennung wieder zu beseitigen. Herr v. Natzmer sträubte sich sogar später noch, die Annullirung der Ernennung aus dem Munde Caprivi's entgegenzunehmen; weil der Kaiser selbst ihn ernannt habe, verlangte er auch vom Kaiser selbst das Dementi zu hören. Herr v. Natzmer begründete das damit, er komme seinen Freunden gegenüber, denen er erzählt habe, er sei der neue Gouverneur von Kamerun, in eine unangenehme Lage, wenn die Sache wieder zu Wasser würde. Seine Freunde könnten dann ja am Ende denken, er habe ihnen etwas aufgebunden. Graf Caprivi sorgte dann dafür, daß Herr v. Natzmer nach dieser Seite hin gesichert wurde. Der Fall Eulenburg ist ganz ähnlich verlaufen wie der Natzmer'sche.

Zur Bauhandwerkerfrage.

In der Bauhandwerkerfrage haben in der letzten Zeit in Berlin eingehende Berathungen stattgefunden, die eine aus Juristen und Bauhandwerkern zusammengesetzte Kommission abgehalten hat. Die Kommission hatte die Aufgabe, den Versuch zu machen, aus den zahlreichen vorhandenen Vorschlägen ein brauchbares Ganzes zusammenzustellen; sie bestand aus den Rechtsanwälten Dr. Lieber und Eschenbach, dem berliner Privatdozenten Dr. Oertmann und den Baugewerbetreibenden Fabrikbesitzer Freese, Zeugschmiedemeister Jahn, Steinmetzmeister Völker, Töpfermeister A. Brucks, Malermeister Bandtke. Das Ergebniß der Berathungen ist vor einigen Tagen dem Justizminister Schönstedt und dem Abgeordnetenhause übermittelt worden. Der Bund für Bodenbesitzreform theilt darüber mit: Es lagen der Kommission nicht weniger als 24 Vorschläge vor, von denen die der Herren Professor Dernburg, Reichsgerichtsrath Dr. Bühr, des Bundes für Bodenbesitzreform, der Rechtsanwälte Löwenfeld und Heinitz, des Direktors Haberlandt und des Ingenieurs Bernhard die bekanntesten sind. Das Ergebniß ist gewesen, daß eine Aenderung des bisherigen Rechtes auf eine Werkmeisterhypothek hinter sämmtlichen eingetragenen Hypotheken (§ 972 Theil 1 Tit. 11 A. L. R.) für unabweislich erklärt wurde, da es durch das schon vor Beginn jedes Neubaues erfolgende Eintragen der Restkaufgeld- und Baugelderhypothek illusorisch gemacht worden sei. Werde aber eine Aenderung als nothwendig anerkannt, so entspräche der wirthschaftlichen Stellung des Handwerkers nur eine Hypothek zu erster Stelle, denn sonst sei er immer gezwungen, als Mitbieter aufzutreten, um die gekündigten Hypotheken und Kosten zu decken, wozu er fast niemals imstande sei. Insofern schloß sich die Kommission der den Wünschen der Handwerker am meisten entsprechenden Petition der Bodenreformer an. Dagegen ist eine Vereinigung dieser Petition mit den Vorschlägen von Dernburg und Löwenfeld für zweckmäßig erachtet worden, derart, daß das Schutzgesetz nur für Gebäude gelten solle, die einem ortsstatutarisch festgestellten Bebauungsplan unterliegen (Dernburg), und daß jede Genehmigung und Gebrauchsabnahme der Grundbuchbehörde mitzutheilen sei (Löwenfeldt). Die Forderungen einer geordneten Buchführung des Bauunternehmers (Heinitz) einer Beschleunigung aller Bauprozesse nach Art der Urkundenprozesse (Bernhardt) des Bauregisters (Haberlandt) sind sämmtlich von der Kommission dringend empfohlen worden, wie diese auch selbst eine ganze Reihe von Verbesserungen der früheren Petition vorgeschlagen hat.

Vereinigung für körperliche und werkthätige Erziehung.

Im Abgeordnetenhause ist die Bildung einer Vereinigung für körperliche und werkthätige Erziehung aus allen Parteien in Aussicht genommen, zu welcher Abgeordneter v. Schenckendorff die Anregung gegeben hat. Nachdem am 31. Januar aus Vertretern der einzelnen Parteien eine Vorbesprechung stattgefunden, und eine Redaktionskommission die Grundzüge für die Ziele, Thätigkeit und Organisation dieser Vereinigung formulirt hat, ist dieser Vorschlag allen Fraktionen zur Kenntnißnahme bezw. Besprechung vorgelegt worden, die ihren Mitgliedern den Zutritt freigestellt haben. Die Zahl der bis jetzt aus allen Parteien beigetretenen Abgeordneten beläuft sich auf 159; der Zutritt ist indessen noch nicht abgeschlossen. Als Ziele der Vereinigung sind im allgemeinen eine erhöhte gesundheitliche Entwickelung der Jugend und zugleich das Bestreben zu erachten, daß, nachdem das öffentliche Leben in den letzten Jahrzehnten wesentlich umgestaltet ist, und große Anforderungen an den Eintretenden stellt, jetzt auch eine Ausgestaltung des öffentlichen Unterrichtes folgen müsse, die völlig unbeschadet der religiösen, sittlichen und formalen Durchbildung einerseits die praktische Entwicklung des Kindes mehr als seither berücksichtigt und andererseits Schule und Leben in wesentlich engere Beziehung setzt. In den festgestellten Grundzügen sind die hier in Betracht zu ziehenden Mittel auch im einzelnen näher bezeichnet. Diese Ausgestaltung des Unterrichts ist allmälig, und auf dem Wege der freien Entwickelung, jedoch unter Anregung und Förderung durch die Unterrichtsverwaltung, gedacht. Dieselbe steht bekanntlich diesen Bestrebungen bereits förderlich gegenüber. Die Kommission für die Vereinigung ist für die nächste Woche in Aussicht genommen. Man kann dieser Vereinigung nur die besten Erfolge wünschen.

Der Bund der deutschen Brauereien.

Wir theilten bereits mit, daß am Freitag in Berlin ein Bund der Brauereien zum Schutze gegen Boycotts begründet worden ist. Die demselben zu Grunde gelegten Statuten sichern den einzelnen Verbänden bezw. deren Mitgliedern eine Entschädigung für den durch Boycottirung einzelner oder aller Brauereien entgangenen Absatz zu, und leisten dafür Garantie, daß den Kunden boycottirter Brauereien kein Bier von Mitgliedern anderer Lokalverbände während der Dauer des Boycotts geliefert wird. Die von den Lokalverbänden ihren Mitgliedern zu zahlenden Entschädigungen bleiben hierdurch unberührt, und bildet somit der Centralverband eine Art Rückversicherung gegen den Boycottschaden. Dem Centralverbande sind fast alle größeren Städte Norddeutschlands beigetreten, und steht zu erwarten, daß die übrigen Städte, soweit sie für das Braugewerbe in Betracht kommen, sich binnen kurzem gleichfalls anschließen werden. Damit wird eine Vereinigung geschaffen sein, welche der sozialdemokratischen Partei bei etwaiger Wiederkehr von Verrufserklärungen eine feste Phalanx entgegenzustellen und damit zugleich weit reichenden Schädigungen größerer Erwerbskreise vorzubeugen geeignet sein wird. Als Vorort wurde, wie bereits mitgetheilt, Berlin gewählt und ferner beschlossen, daß der Vorstand des berliner Lokalverbandes, bestehend aus den Herren Generaldirektor Roesicke, Brauereibesitzer Happoldt und Direktor Kaskel, zugleich den Vorstand des Centralverbandes bilden soll. Dem erstgenannten, nämlich dem Generaldirektor und Reichstagsabgeordneten Roesicke wurde, insbesondere in Rücksicht auf die vielfach gegen ihn gerichteten Angriffe, volle Anerkennung und der Dank der Versammlung ausgesprochen, sowohl für seine energische Führung, wie die vor kurzem herbeigeführte Beendigung des berliner Bierboycotts, wodurch die Interessen des Gewerbes nach jeder Richtung gewahrt worden seien.

Antisemitisches.

Zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den antisemitischen Heerlagern kam es in einer am Freitag abend von der deutschen Antisemitenliga einberufenen Versammlung in Berlin, in der Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann über die Scheidung in der Partei sprechen wollten. Zu dieser Sitzung waren auch Bodeck und Böckel mit einem Trupp ihrer Anhänger erschienen. Es kam deshalb bei allen Reden zu erregten Auftritten. Zuerst sprach Zimmermann, der zu beweisen suchte, daß die antisemitische Fraktion mit dem Ausschluß Ahlwardt's im Recht gewesen sei. Er behauptete auch, daß es der Fraktion nicht einfallen werde, für die Umsturzvorlage zu stimmen, begegnete aber in der Versammlung lebhaftem Zweifel. Die Erregung steigerte sich zu förmlichen Tumulten, als dann Liebermann v. Sonnenberg sprechen wollte. Böckel unterbrach ihn durch fortwährende Rufe zur Geschäftsordnung in welche seine Anhänger mit einstimmten, so daß minutenlang ein wüstes Geschrei den Raum erfüllte. Liebermann kam dann schließlich doch zum Worte und wandte sich nun in persönlicher Weise zuerst gegen Ahlwardt und dann gegen Böckel. Dieser vergalt ihm mit gleicher Münze und erklärte, wenn ihm Liebermann auf dem Eisenacher Kongreß ehrlich gesagt hätte, daß er nicht an die Einigkeit der Antisemiten glaube, so hätte er, Böckel, die „Komödie" niemals mitgemacht. (Stürmischer Tumult.) Mit einer Partei, die dem Paragraph 112 der Umsturzvorlage, namentlich aber den Verschärfungsbestimmungen gegen den Landsturm zustimmen wolle, könne er nie mehr gehen. — Im Verlauf der weiteren Versammlung, in der noch Werner und v. Mosch sprachen, steigerte sich der Tumult derartig, daß die Versammlung einmal kurze Zeit vertagt werden mußte. Als der Antisemit Wilberg das Wort ergriff, rief Gastwirth Bodeck in die Versammlung hinein: „Was der quasselt, kann kein anständiger Mensch mit anhören!" Sämmtliche Anhänger Bodeck-Böckel-Ahlwardts verließen hierauf unter betäubendem Lärm den Saal. Von den Zurückgebliebenen wurde dann, nachdem noch einige kleinere Radauscenen und zwei vom Vorsitzenden veranlaßte Sistirungen stattgefunden, um 1½ Uhr nachts ein Vertrauensvotum für die Fraktion angenommen.

Verschiedene Mittheilungen.

* Auch der Provinziallandtag der Provinz Westfalen lehnte am Sonnabend die Errichtung einer Landwirthschaftskammer mit allen gegen elf Stimmen ab.

* Aus Kreisen, die dem Fürsten Bismarck nahestehen, wird gemeldet, daß der Fürst sich zur Zeit ausgezeichneter Gesundheit erfreut. Als gutes Zeichen wird betrachtet, daß der Fürst besonders im Gesicht wieder voller und stärker wird. Für den 1. April sind bis jetzt zur Gratulation allein 500 Studenten mit 100 Professoren angemeldet.

* In Kamerun ist bekanntlich eine neue Regierungsstation in Buea gegründet worden. Nach Privatmeldungen der „Köln. Ztg." ist es hierbei zu einem Kampfe mit dem Häuptling Kuba von Buea gekommen, welcher im Kamerungebirge eine Gewaltherrschaft aufrichtet. Der Häuptling wollte die Aufnahme einer Garnison blos dann zugestehen, wenn der Handel mit Ründhütchen freigegeben würde. Am 20. Dezember v. J. beförderte der Dampfer „Nachtigal" zwei Abtheilungen von 190 Mann der Schutztruppe unter Führung des Rittmeisters v. Stetten nach Victoria. Das Geheimniß des Marsches war von den anderen Bergstämmen sorgfältig gewahrt worden. Die Ueberraschung Bueas gelang. Die Krieger hatten kaum Zeit, ihr Vieh und ihre Weiber in den Wald zu schaffen, und waren mit der Ausbesserung der Palissaden beschäftigt, wovor s. Z. Gravenreuth gefallen war, als am Morgen des 22. Dezember die Schutztruppe ringsherum heranstürmte. Buea ward im ersten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950218017/fragment/page=0001

Sturm genommen, wobei der feindliche Verlust 30 Tote, der eigene blos 2 Verwundete betrug. Sämmtliches Vieh wurde erbeutet. Die 700 Gewehrträger umfassende Streitmacht Bueas wurde zersprengt und entfloh nach den oberesten Gebirgsgegenden. Die Besatzung unter deutschen Unteroffizieren soll andauernd in Buea verbleiben. Am Hauptplatze Bueas wird eine Kaserne für die Schutztruppe errichtet. Rittmeister v. Stetten erachtet die Anlage einer Zwischenstation in Buana für unnötig. Noch vor der Regenzeit wollte v. Stetten nach Yaunde marschiren und dort neben der wissenschaftlichen Station in einer neuen Station 50 Mann Besatzung zurücklassen.

* Die Abstriche, welche die Budgetkommission des Reichstages am Militär-Etat vorgenommen hat, beziffern sich insgesammt auf 10,203,060 M.

* Den Verkauf der Loose zur preußischen Klassenlotterie soll nach der „D. T." der Finanzminister beabsichtigen, den königlichen Kreisrentmeistern zu übertragen. Diese Nachricht ist jedenfalls unrichtig.

* Nach dem „Berl. Tbl." sind Schritte gethan, um die strafrechtliche Verfolgung des Abdruckes des von der Groeben'schen Briefes einzuleiten.

Braunschweig, 16. Febr. Der Landtag nahm die Vorlage betr. die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes mit 28 gegen 16 Stimmen an. Staatsminister Otto theilte mit, daß demnächst kommissarische Verhandlungen zwischen Preußen und Braunschweig behufs Stellungnahme zu den zahlreichen Harzbahnprojekten stattfinden werden.

Stuttgart, 16. Febr. Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, ernannte der König den seitherigen Präsidenten der Kammer der Standesherren Fürsten von Waldburg-Zeil-Trauchburg, auch für die neue Landtagsperiode, d. h. für die nächsten drei Jahre, zum Präsidenten dieser Kammer.

Marinenachrichten. Nach telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist S. M. S. „Irene", Kommandant Korvetten-Kapitän v. Dresky, am 14. d. in Chefoo eingetroffen und hat der Chef der Kreuzerdivision, Contre-Admiral Hoffmann, seine Flagge auf S. M. S. „Arcona" niedergeholt und auf S. M. S. „Irene" gehißt.

Ausland.

Belgien. „Etoile belge" veröffentlicht eine Darstellung der Gründe für die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien. Es werden dabei die Erwägungen hervorgehoben, welche die beiden Theile bestimmt haben, den im Jahre 1890 festgesetzten Termin für die Uebernahme abzukürzen. Diese Erwägungen sind hauptsächlich finanzieller Natur. Die Herbeiführung einer thätigeren inneren Organisation, die Expeditionen gegen die Araber, die Verzögerungen in dem Eisenbahnbau stellen die Regierung vor die Alternative, eine Anleihe in Vorschlag zu bringen oder die sofortige Annexion zu fordern. Die Regierung hat sich für das Letztere entschieden.

Rußland. Einer Blättermeldung zufolge hat das Ministerium des Auswärtigen die definitive Antwort der japanischen Regierung bezüglich des Abschlusses eines russisch-japanischen Handelsvertrages auf der Basis der Meistbegünstigung erhalten. Der Vertrag soll 5 Jahre nach der Ratifikation successive in Kraft treten. Inzwischen wird Japan ein Kriminalgesetzbuch nach europäischem Muster ausarbeiten und dasselbe den europäischen Mächten vorlegen. Bis dahin werden die in Japan von russischen Unterthanen begangenen Verbrechen durch die russischen Konsuln abgeurtheilt. — Der neue russisch-japanische Zolltarif soll einen Monat nach seiner Ratifikation in Kraft treten.

England. In einer Rede, welche Lord Salisbury am Sonnabend im Klub der irischen Loyalisten hielt, erklärte derselbe, die Einigkeit zwischen den Unionisten und Konservativen sei niemals stärker gewesen. Die Auflösung des Parlaments müsse wegen einer einzigen Frage, der Homerule's, geschehen. Das Oberhaus werde sich dem Votum des Volkes zu Gunsten Homerule's nicht widersetzen, wenn die Frage dem Lande klar unterbreitet würde.

Egypten. Der Zustand des früheren Khedive Ismail Pascha ist, nach einer Meldung aus Konstantinopel vom 16. d., hoffnungslos. Die Aerzte sprachen sich gegen jede Operation aus. Auch die geplante Reise des Kranken nach der Riviera ist unausführbar.

Nordamerika. Der Senat berieth am Sonnabend die Ausgabe von Obligationen. Hill sagte, er freue sich über die Resolution des deutschen Reichstages zu Gunsten einer internationalen Münzkonferenz. Wolcott erklärte, Cleveland habe nicht die Wahrheit gesprochen, als er sagte, er wolle die Parität zwischen Gold und Silber aufrecht erhalten; Cleveland und die Rothschilds verdienten keine Beachtung, weil sie den Kredit Amerikas hätten anschwärzen wollen. Wolcott meint, das Votum des deutschen Reichstages deute auf einen Wechsel der Meinungen zu Gunsten des Silbers hin. Hill erwiderte darauf, er habe die Rothschilds nicht vertheidigen wollen. Cleveland sei durch die Gesetze gebunden; der Kongreß habe ihm seine Mithilfe versagt; es sei unmöglich, die nothwendigen großen Summen auf andere Weise zu beschaffen.

Der Krieg in Ostasien. Eine amtliche Depesche des japanischen Marschalls Oyama vom 14. Febr. meldet die am 13. d. M. erfolgte Kapitulation der chinesischen Forts und der chinesischen Kriegsschiffe. Ferner meldet Oyama: Am 12. Februar abends starb Admiral Ting mit zwei anderen chinesischen Offizieren durch Selbstmord, nachdem er zuvor in einem Schreiben die Kapitulationsbedingungen der Japaner angenommen hatte. Nach diesen Bedingungen sollten die Garnison der Fort und die Mannschaften der chinesischen Kriegsschiffe jenseits der japanischen Linie geschafft und in Freiheit gesetzt werden. Die Ausländer und die Offiziere sollten zu Schiff weiter weggebracht und entlassen werden.

Der Kommandant des ersten japanischen Armeecorps telegraphirte unter dem 16. d. folgendes: 15,000 Chinesen griffen, unterstützt durch das Feuer von 12 Kanonen, heute Haitscheng an, wobei sie koncentrisch auf drei verschiedenen Wegen vordrangen. Sie wurden unter großen Verlusten zurückgeworfen und ließen mehr als 100 Todte auf dem Kampfplatze zurück. Die Japaner hatten nur einen Verlust von 3 Todten und 2 Verwundeten.

Sämmtliche in chinesischen Diensten stehende Ausländer in Weihaiwei wurden von den Japanern freigegeben, mit alleiniger Ausnahme des Amerikaners Howie, welcher mit seinem Genossen Brown Anfangs November in Kobe verhaftet und bald darauf wieder freigelassen worden war. Howie hatte seiner Zeit angegeben, er hätte den Chinesen einen von ihm selbst erfundenen Sprengstoff verkauft, durch den die japanische Flotte in die Luft gesprengt werden sollte.

Der Vicekönig Lihungtschang begiebt sich nach Port Arthur und trifft dort mit dem japanischen Gesandten zusammen.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 16. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Freiherr von Marschall u. a.

Das Haus ist schwach besetzt.

Die Berathung des Antrages der Abgg. Dr. Friedberg, v. Kardorff und Genossen, betr. die Einladung zu einer Münzkonferenz, wird fortgesetzt.

Abg. **Siegle** (nl.): Man kann den Antrag unterschreiben, ob man Bimetallist, Anhänger der Gold- oder der Silberwährung ist. Indessen wird durch Annahme des Antrages nach außen hin ein falscher Anschein erweckt und ich kann daher als überzeugter Anhänger der Goldwährung, unter deren Herrschaft der Verkehr einen großen Aufschwung genommen hat, nicht für den Antrag stimmen. Die Besorgniß, daß der Goldvorrath zu gering werden würde, ist unberechtigt angesichts der großen Goldvorräthe, die wir in der Reichsbank haben. Dazu kommt noch die gegenwärtige große Goldproduktion. In der Erklärung des Reichskanzlers sehe ich noch nicht die Absicht der Reichsregierung, sich dem Bimetallismus im Sinne des Grafen Mirbach zuzuwenden. Nach meiner Ueberzeugung denkt auch England nicht daran, sich an einer internationalen Vereinbarung behufs Einführung der Doppelwährung zu betheiligen. Der Bimetallismus müßte zu einer Ueberschwemmung mit Silber und damit zur Ueberproduktion führen, was neue Krisen im Gefolge hätte. Darum bitte ich, den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Abg. **Leuschner** (Reichsp.): Eine Ueberschwemmung mit Silber würde schon deshalb nicht eintreten, weil ja der Bimetallismus nicht von uns allein, sondern auf internationalem Wege eingeführt werden soll. Die Ablehnung des Bimetallismus durch den Abg. Schönlank beweist wieder einmal, daß die Sozialdemokraten für die Arbeiter gar nichts thun. Was soll denn die „schöne" Goldwährung dem Arbeiter nützen, wenn er keine Arbeit findet? Der Bimetallismus kommt so sicher, wie wir hier alle sitzen. (Heiterkeit.) Die einseitige Goldwährung hat zu der Depression aller Geschäfte geführt. Daß die Kaufkraft des Goldes ungemein zugenommen hat, wer will das bestreiten? Das jetzige Elend ist von vielen auch auf Ihrer Seite (links) vorausgesagt worden. Ich erinnere an John Prince-Smith, der doch gewiß kein versteckter Agrarier war. Durch die Differenz der Währungsmetalle entstehen schädliche Valutadifferenzen, die den Export erschweren, den Import erleichtern. Das ist mit die Ursache der Kalamität. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme des Antrages.

Abg. **Richter**: Ich zweifle sehr, daß Prince-Smith sich heute auf Ihrer Seite befindet. Seit er den Ausspruch that, den der Vorredner citirt hat, und heute liegen doch die Milliarden-Zahlungen. Ich danke der Regierung dafür, daß sie diese benutzt hat, um uns die Goldwährung zu geben. Die Rede des Grafen Mirbach war ein wirres Durcheinander von Papier- und Doppelwährung. Ich glaube ja, daß Sie als Landwirthe sich sichere Preise wünschen. Aber diese hängen doch im wesentlichen von der Ernte ab. Namentlich die Uebergangsverhältnisse zu einem neuen Maßstab zwischen den Münzmetallen müßten zu den größten Ungerechtigkeiten führen, namentlich bei der Rückzahlung von Darlehen. Denn das, was in gutem Gelde dargeliehen wurde, wird in schlechtem Gelde zurückgezahlt werden und nicht damit zu einer Prolleret der Darlehner. Wenn aber der Uebergang vorüber sein wird, dann wird die Landwirthschaft auf demselben Fleck stehen, sie wird kein Haar breit besser daran sein. Die Werthmasse hat sich nur verändert und Einnahme und Ausgabe weisen größere Ziffern auf. Alles übrige ist beim Alten geblieben. Das Gewicht, das Graf Bismarck auf die zahlreichen Unterschriften des Antrages legte, kann ich demselben nicht beimessen. Der Antrag ist erschöpft, wenn die Einladungen zu einer Konferenz ergangen sind. Ein Programm liegt in dem Antrage nicht. Die Herren rechts suchten ja allerdings die Debatte so zu gestalten, daß es scheine, als sei hier eine Mehrheit für den Bimetallismus vorhanden. Dagegen haben aber sowohl Abg. Dr Lieber wie Abg. Dr. Schönlank protestirt. Der Herr Reichskanzler hätte seine Erklärung besser am Beginn der Berathung verlesen; das hätte zur Abkürzung der Debatte geführt. Sie war etwa im Thronredenstil gehalten. (Heiterkeit.) Sie hatte einen ganz allgemeinen Inhalt, aus dem man auf den speziellen Fall nichts folgern kann. Die Erklärung des Reichskanzlers spricht von einem Meinungsaustausch. Ja, um zu einem solchen zu kommen, muß man doch erst eine Meinung haben. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat lediglich eine dilatorische Erklärung abgegeben, der Sinn war, wir haben überhaupt keine Meinung, wir wollen daher die Meinung austauschen. Einen so lernbegierigen Reichskanzler haben wir noch nie gehabt. (Heiterkeit.) Die hamburger Handelskammer hat auf das Schärfste jedes Rütteln an der Goldwährung verurtheilt und die schwersten Verwirrungen vorausgesagt. Die Herren, welche den Antrag unterschrieben haben, billigen gewiß nicht alle eine solche agrarische Politik. Aber wenn es zum Klappen kommt, wird es dann für sie heißen: mitgefangen, mitgehangen! Mit dem Antrag Kanitz wagen Sie sich noch nicht heraus und da treiben Sie etwas Zwischenaktspolitik. Mit dieser ganzen agrarischen Bewegung stiften Sie mehr Schaden, als Sie mit zehn Umsturzvorlagen beseitigen können. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Wenn die Gläubiger wirklich durch die Einführung des Bimetallismus benachtheiligt werden sollten, so wäre die Konsequenz davon doch, daß bei Einführung der Goldwährung die Schuldner benachtheiligt worden sind. Ich leugne beides. Im Mittelpunkte der bimetallistischen Bewegung steht etwas ganz anderes: nämlich daß die Verschiedenheit der Valuta zu schweren internationalen Beschwerden führen muß. Daß die Valutaschwierigkeit ein schwer mitbestimmender Faktor für das Darniederliegen aller Verhältnisse ist, hat auch Abg. Gothein zugegeben. Es scheint hier auf diesem Gebiete alles vertauscht zu sein. Diejenigen, die sonst für den möglichst freien Weltverkehr sind, wollen das größte Hinderniß für einen solchen nicht aus dem Wege räumen, während umgekehrt diejenigen, die sonst auf dem Standpunkte einer nationalen Wirthschaftspolitik stehen, bereit sind, jenes Hinderniß zu entfernen. Ich habe immer betont, daß es nicht gut sei, mit Ländern, die eine unterwerthige Valuta haben, Handelsverträge abzuschließen. Jedenfalls ist die Frage, um die es sich hier handelt, nicht allein eine agrarische, sondern auch von höchster Bedeutung für die Industrie. Wenn auf der infolge des Antrags einzuberufenden Konferenz nur feste Grundsätze Anerkennung finden, wie das auch auf der Silberenquetekommission der Fall war, so wäre das schon von großem Werthe. Ohne England wäre eine Regelung nicht möglich; England ist eine Welt für sich mit so kolossalen Mitteln, daß man es im Weltverkehr nicht übergehen könnte. Ich glaube aber auch nicht, daß England sich einer internationalen Vereinbarung widersetzen würde. Auch von Frankreich darf man nach der bekannten Aeußerung Ribot's Geneigtheit für unsere Bestrebungen voraussetzen. (Beifall.)

Schatzsekretär Graf **Posadowsky**: Der Abg. Richter hat geglaubt, gegen den Reichskanzler einen heftigen Angriff richten zu sollen. Vergegenwärtigen Sie sich die Situation. Auch die Nichtmetallisten haben zugegeben, daß der schwindende Werth des Silbers große Unzuträglichkeiten mit sich bringt. Das ist der Fall für unseren Export sowohl wie für unseren Silberbergbau. Die Existenz der in diesem Bergbau beschäftigten Arbeiter ist schwer gefährdet. Auch liegt die Gefahr für uns vor, daß eine Nachprägung der Silbermünzen stattfindet. Erwägen Sie ferner, daß schon in anderen Ländern eine mächtige Bewegung besteht und daß der Chef einer auswärtigen Verwaltung sich bereits zu Gunsten einer Regelung der Währungs-Verhältnisse ausgesprochen hat. Nach alledem würden Sie sich doch gewundert haben, wenn der Reichskanzler gesagt hätte: Ich leugne alle Schäden und lehne alles ab. (Beifall). Es ist doch auch nicht zu leugnen, daß die Bewegung eine tiefgehende ist. Es ist eine Frage, von deren Lösung ein großer Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung in Deutschland sich Vortheil verspricht, und da kann man doch wenigstens den Versuch machen, ob der Silberpreis sich heben läßt. (Beifall.) Gegenüber der Vertretung, die diese Frage hier von einer überwiegenden Majorität des Reichstages gefunden hat, war es Pflicht des Reichskanzlers, eine wohlwollende Prüfung zuzusagen. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. **v. Kardorff** tritt nochmals in seinem Schlußworte als Antragsteller für den Antrag ein.

Im Verlaufe seiner Ausführungen führt Redner aus, die Steigerung der Goldproduktion werde die Nachfrage nach Gold niemals erreichen können. Deshalb könne man auf die Dauer das Silber als Währungsmetall nicht entbehren. Es sei eine Ehrenaufgabe unserer Regierung auf diesem Wege zu ergreifen. Bei seinen Kollegen werde der Reichskanzler keinen Widerstand finden, wenn er Verhandlungen anbahne, wohl aber bei seinen Geheimräthen (Lebhafter Beifall), denn diese lernen nichts und können von ihren veralteten Theorien nicht lassen. Wenn in der Währungsfrage nicht energisch ein beschleunigtes Tempo eingeschlagen wird, werde sich der Antrag Kanitz mit elementarer Gewalt Bahn brechen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Schatzsekretär Graf **Posadowski**: Der Vorredner meinte, bei den Geheimräthen würde die Politik des Reichskanzlers Widerstand finden. Ich muß das entschieden bestreiten. Nach deutscher Sitte und deutschem Staatsrecht ist es Gebrauch, daß nur die Chefs der Ressorts Politik treiben. Selbstverständlich hat jeder Beamte die Pflicht, in Fragen seines Ressorts seine Bedenken auch seinem Chef gegenüber zur Geltung zu bringen; er hat aber auch die Pflicht, nach den Anweisungen seines Chefs zu arbeiten, und es ist in deutschen Verwaltungen nicht Sitte, daß Geheimräthe eine besondere Politik treiben. Wenn der Abgeordnete v. Kardorff glaubt, daß in einen Ressort eine falsche Politik getrieben wird, so wird er dafür nur den Ressortchef verantwortlich machen können; er hat aber kein Recht, die dem Ressortchef nachgeordneten Beamten über dessen Kopf hinweg für diese Politik verantwortlich zu machen.

Durch das Eingreifen des Staatssekretärs ist die Debatte wieder eröffnet.

Abg. Dr. **Meyer** (fr. Vg.): Ich muß zugeben, daß die Haltung des Herrn Friedberg sich unserem Standpunkte viel mehr nähert als die der anderen Herren. Die Differenz ist sogar noch kleiner, als Herr Friedberg selber annimmt. Er hat mit Recht auf die internationalen Währungsbeziehungen hingewiesen; diese zeigen, daß der Staat zwar vorschreiben kann, in welcher Münze bezahlt werden soll in seinen Grenzen, aber nicht, nach welchem Maßstab der Kaufmann im internationalen Verkehr rechnen soll. Unter der Ungleichmäßigkeit der Verhältnisse leiden alle Betheiligten, deshalb müssen wir uns möglichst gegen Valutaverschiebungen schützen, das ist aber sehr schwierig. Es giebt Staaten, die sich dagegen gar nicht zu schützen vermögen. Es bestehen eben zwei Wirthschaftsgebiete: das eine mit sicherer Valuta, wie wir sie haben, ein anderes mit unsicherer, schwankender Valuta. Deutschland leidet nicht unter seiner Valuta, sondern unter den ungünstigen Geldverhältnissen in anderen Staaten. Will Herr Friedberg aber den Unterschied der Münzverhältnisse beseitigen, so wird er es nicht dadurch können, daß er überall gute Valutaverhältnisse herstellt, noch weniger ist es aber wünschenswerth, überall schlechte Münzverhältnisse zu schaffen. Wollten wir allen Einzelstaaten, die jetzt eine schlechte Valuta haben, zu einer guten verhelfen, so würde uns daraus eine Ausgabe erwachsen, die wir gar nicht zu leisten vermöchten. Ich glaube, das Beste ist, wir halten an unserer guten Währung fest und warten ab, bis die anderen Staaten aus eigener Kraft zu demselben Ziele kommen. Man kann uns aber auch nicht zumuthen, daß wir schon für kommende Jahrhunderte voraussorgen. Heute liegen die Dinge jedenfalls so, daß die Staaten, die nach der Goldwährung streben, dahin gelangen können, ohne daß daraus unmittelbare Gefahren entstehen. Was nach Jahrhunderten geschieht, braucht nicht unsere Sorge zu sein. Sodann darf man nicht vergessen, daß internationale Verträge nur dann zweckmäßig sind, wenn der Staat die Ueberwachung ihrer Ausführung nicht selbst in der Hand behalten muß. Bei Münzverträgen ist das aber der Fall. Wir sind deshalb für Handelsverträge, aber gegen Münzverträge; denn durch solche Münzverträge erwachsen den Staaten immer Verlegenheiten, während Handelsverträge ihnen stets zu gute kommen. Herr Friedberg meinte, die Anregung zu einer Münzkonferenz könne unmöglich zu einer Blamage führen, denn man wollte auf einer solchen Konferenz ja nur zu Klarheit gelangen. Nun haben wir aber nicht gehört, daß von irgend einer Seite positive Vorschläge gemacht wären! Und auch unsere Regierung hat zu der Frage noch gar keine Stellung genommen. Wenn also eine Münzkonferenz einberufen wird, und keiner von den Konferenten eine bestimmte Meinung hat, so kommt mir das so vor, wie wenn 20 Spieler, von denen keiner einen Groschen in der Tasche hat, sich um einen Tisch setzen, und jeder meint, er würde jetzt einen großen Gewinn machen. (Heiterkeit.) Bei dieser Sachlage würde schließlich doch eine Blamage aus der Konferenz herauskommen.

Nach einem nochmaligen kurzen Schlußworte des Abg. **von Kardorff**, worin er den Sozialdemokraten zuruft, sie kämpften an der Seite der Plutokratie und für die Plutokratie und daran erinnert, daß Dr. Schippel und Dr. Schönlank früher Bimetallisten gewesen, folgt die Abstimmung.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der beiden Volksparteien, der freisinnigen Vereinigung und einiger Nationalliberalen angenommen. Der lebhafte Beifall, mit dem die Rechte dies Resultat begrüßt, wird von der Linken mit Lachen beantwortet.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die ihr zur Vorberathung überwiesene Resolution der Abgg. Adt und Genossen bezüglich die Verstärkung der Disciplinarbefugnisse des Präsidenten des Reichstages. — Die Kommission hat sich über einen bezüglichen Vorschlag nicht einigen können; ein dem Reichstage zu unterbreitender Antrag ist wegen Ablehnung aller in der Kommission gestellten Anträge nicht zustande gekommen. — Die Abgg. Roeren, Graf von Holstein, Gamp und Dr. Pieschel beantragen nunmehr den § 60 der Geschäftsordnung wie folgt zu fassen:

Die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen liegt dem Präsidenten ob.

Wenn ein Mitglied die Ordnung verletzt, so wird es vom Präsidenten mit Nennung des Namens zur Ordnung gerufen.

Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann das Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Letzteres dasselbe der Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales keine Folge, so hat der Präsident in Gemäßheit des § 61 dieser Geschäftsordnung zu verfahren. Wenn während der Dauer der Ausschließung in anderen als Geschäftsordnungsfragen eine Abstimmung erfolgt ist, bei welcher die Stimme des ausgeschlossenen Mitgliedes den Ausschlag hätte geben können, so muß die Abstimmung in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Das ausgeschlossene Mitglied ist berechtigt, spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch zu erheben, auf welche der Reichstag jedoch nicht vor dem darauffolgenden Tage, ohne Diskussion, darüber entscheidet, ob der Ordnungsruf oder die Ausweisung gerechtfertigt war.

Präsident **von Levetzow** giebt den Vorsitz an den Vizepräsidenten Freihrn. **von Buol** ab.

Referent Abg. **Träger** berichtet über den Verlauf der Verhandlungen der Kommission. Vom Anbeginn der Kommissions-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950218017/fragment/page=0002

verhandlungen an bis zum letzten Augenblicke sei von allen Mitgliedern ohne Ausnahme dem Präsidenten von Levetzow der Ausdruck der persönlichen Verehrung und des höchsten Vertrauens entgegengebracht. Der Herr Präsident möge also die Erfolglosigkeit der Kommissionsberathungen und Meinungsäußerungen, die gegen seine Wünsche vorgebracht seien, nicht als gegen ihn persönlich gerichtet aufzufassen. Die Verschlechterung der Tones im Reichstage sei von allen Seiten in der Kommission anerkannt worden. Aber im Vergleich mit anderen Ländern stehe der Ton im Reichstage noch auf einem sehr angemessenen Niveau. Der eine Theil der Kommission habe den Ordnungsruf für eine genügende Sühne für Störung der Ordnung gehalten, und gegenüber dem Hinweise auf andere Länder, in denen Abgeordnete von der Theilnahme an Sitzungen ausgeschlossen werden könnten, betont, daß die parlamentarische Macht in Deutschland auch nicht so groß sei wie in jenen Ländern. Die Anträge auf Ausschluß von Mitgliedern seien mit Stimmengleichheit, wie alle anderen Anträge, abgelehnt worden.

Abg. **Roeren** (Ctr.): Nach den ausführlichen Kommissionsverhandlungen kann ich kurz sein. In der Presse und in der öffentlichen Meinung hat man der Frage der Abänderung der Geschäftsordnung vielfach eine Bedeutung beigelegt, die sie absolut nicht hat. Der Grund dafür liegt darin, daß man annahm, die Resolution sei gestellt aus Anlaß des Vorganges in der ersten Sitzung in diesem Hause. Meine Partei hat aber ausdrücklich erklärt, daß sie der Resolution nur unter der Verwahrung zustimme, daß sie in einem Zusammenhang mit jenem Vorfalle in keiner Weise stehe, und daß sie sich nicht gegen eine bestimmte Partei richte. Deshalb muß ich auch Verwahrung einlegen gegen den Artikel in einem der Regierung nahestehenden Blatte, in welchem es heißt, daß wenn die Disziplinargewalt des Reichstagspräsidenten verstärkt würde, von der Strafverfolgung gegen den Abg. Liebknecht Abstand genommen werden werde. Die Immunität des Abgeordneten hat mit der Abänderung der Geschäftsordnung nichts zu thun. Es handelt sich um eine rein geschäftsordnungsmäßige, eine reine Zweckmäßigkeitsfrage — ich muß das noch einmal scharf betonen. Der Präsident hat mit der Uebernahme seines Amtes auch die Pflicht übernommen, für die Aufrechterhaltung der Ordnung während der Sitzungen zu sorgen. Für scharfe sachliche Angriffe in den Reden von Abgeordneten würde ein Ordnungsruf als Korrektiv vollkommen genügen. Nicht aber ist er ein genügendes Korrektiv bei groben Verletzungen der einfachsten Anstandsregeln und bei Beschimpfungen und Verleumdungen von Mitgliedern des Hauses. Dem will mein Antrag entgegentreten, der sicher eine große, nicht zu unterschätzende, prophylaktische Wirkung haben wird. Der Vorwurf, daß durch den Ausschluß eines Mitgliedes diesem sein materielles Abstimmungsrecht genommen wird, kann gegen meinen Antrag nicht erhoben werden. Ich hoffe, daß Sie durch Annahme meines Antrages dem Wunsche unseres Herrn Präsidenten entgegenkommen, der doch in der Sache selbst sicherlich begründet ist. (Beifall.)

Abg. **Singer** (Soz.): Ich bin im Gegentheil zum Vorredner, daß die öffentliche Meinung die Sache richtig beurtheilt, weil sie ein Gefühl dafür hat, was der Würde und den Rechten des Reichstags entspricht. Es ist nothwendig, darauf hinzuweisen, wie gerade anläßlich des Vorfalls mit dem Abg. Liebknecht der deutsche Bürgersinn sich gezeigt hat. Den Zusammenhang zwischen diesen Anträgen auf Verstärkung der Disziplinargewalt und dem Fall Liebknecht können Sie nicht aus der Welt schaffen. Glauben Sie doch ja nicht, daß die Staatsanwälte sich darum kümmern werden, welche Disziplinargewalt der Reichstag für nothwendig hält. Der Ton hat sich im Reichstage verschlechtert, aber das ist Schuld der Herren auf der Rechten, die durch unartikulirte Töne dem Redner von dieser Seite des Hauses das Sprechen unmöglich zu machen suchen. (Sehr wahr! links). Wenn die Geschäftsordnung eine Lücke hat, so ist es die, daß der Präsident die Mitglieder des Hauses nicht gegen Aeußerungen der Regierungsvertreter zu schützen vermag. (Sehr wahr!) Aeußerungen, wie sie der Kriegsminister, der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, der mecklenburgische Gesandte uns gegenüber sich erlaubt hat, die drücken die Würde des Hauses herab (Sehr wahr!) Im französischen, im englischen Parlamente wären die Regierungsvertreter vom Präsidenten sofort in die Schranken zurückgewiesen worden. Die Vorgänge in der ersten Sitzung dieses Hauses sollen unerhörte sein; nun, ich erinnere Sie an die Adreßdebatte im preußischen Abgeordnetenhause von 1863, an die Reden Waldeck's, an den bekannten Ausspruch des Abg. Gneist, daß der Kriegsminister das Kainszeichen des Eidbruches auf der Stirn trage. Wir sollen den Ton im Hause herabdrücken! Der Abg. von Helldorff hat Mitgliedern des Hauses Mangel an Nationalgefühl vorgeworfen, Herr von Kardorff nannte die Handlungsweise eines Kollegen feiwol, Windthorst hat Behauptungen von Abgeordneten als erlogen bezichnet; ich könnte Ihnen von Herrn Paasche, Herrn v. Cuny und Anderen ähnliche Worte nennen. Die Ursache dieser Anträge ist derselbe Geist, der in der Umsturzvorlage zum Ausdruck kommt und draußen die Meinungen treiben will. Die Anträge sind ein Beweis dafür, wie weit das Bürgerthum herunteregekommen ist, wie wenig Achtung man vor den Rechten des Parlamentes hat. Als der Präsident von Buckum-Doffis im Abgeordnetenhause die bekannte Affäre mit den Kriegsminister hatte, war es anders; damals wurde durch einen Antrag, der mit 295 Stimmen, darunter zahlreiche Mitglieder jener Seite des Hauses, gegen 20 Stimmen die Rechte des Hauses gewahrt. Jetzt beschäftigen wir uns damit, uns eine Schulknabendisziplin zu geben, für uns Strafen zu ersinnen, über die wir doch seit der Schulzeit hinaus sein sollten. Die Witzblätter werden sich der Sache bemächtigen; wir werden in den „Lustigen Blättern" sehen können, wie der Präsident einen Abgeordneten rausschmeißt. Und was soll mit dem geschehen, der der Aufforderung, die Sitzung zu verlassen, nicht Folge leistet? Wer gegen einen Ordnungsruf verhärtet ist, wird sich auch durch den Ausschluß nicht abschrecken lassen, die Ordnung weiter zu stören. Dann bleibt dem Präsidenten nichts übrig, als die Sitzung aufzuheben. Dadurch wird doch die Würde des Hauses wahrhaftig nicht gehoben. — Was uns aber lediglich veranlaßt, den Antrag abzulehnen, ist das, daß wir in ihm den Anfang eines Angriffs auf unsere Immunität sehen. Andere, als Herr Roeren, sind ja nicht so zurückhaltend mit ihren Vorschlägen, sie würden es schon heute lieber sehen, wenn der Ausschluß von Mitgliedern auf Wochen beschlossen würde. Wo ist da die Grenze? Haben wir erst in der Geschäftsordnung den Ausschluß, dann wird man weiter gehen in der Schmälerung der Rechte unserer Wähler. Für uns heißt es: principiis obsta! Wir haben doch Erfahrungen. Eine solche Bestimmung in der Hand eines anderen Mannes als in der des Herrn von Levetzow könnte doch einmal ganz anders angewendet werden, als es nach den Erklärungen der Antragsteller beabsichtigt ist. Der Antrag wendet sich gegen die sozialdemokratische Partei.

Mecklenburgischer Gesandter **von Oertzen**: Herr Singer hat hier die Frage aufgeworfen, ob in einem fremden Parlament ein Regierungsvertreter so auftreten könnte, wie hier der Vertreter von Mecklenburg. Die fremden Parlamente würden mir leid thun, denen es an Männern fehlt, die sich energisch zu wehren verstehen. Was hat denn Herr Singer an meinem Auftreten auszusetzen? Ich brauche die Immunität nicht, die Sie so sorgfältig hüten. Ich sage und thue hier nicht mehr als was ich vor meinem Monarchen, vor meinem Nächsten und vor meinem Gewissen verantworten kann (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. **von Levetzow**: Auf die Rede des Abg. Singer will ich nicht eingehen. Ich muß aber für meine Person ausdrücklich mich dagegen verwahren, daß die Resolution durch den Fall Liebknecht veranlaßt worden ist. Wir hatten schon in der ersten Sitzung dieses Hauses den Beschluß gefaßt, einen Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung zu stellen (Zustimmung). Ich bitte Sie, den Antrag Roeren anzunehmen; er hat den großen Werth, daß er die Möglichkeit einer Rüge a tempo giebt. Nehmen Sie den Antrag an, so entheben Sie mich der Erwägung darüber, ob etwa meine Auffassung über die Art und Weise, wie die Ordnung im Reichstage aufrecht zu erhalten ist, mit der Majorität des Hauses nicht übereinstimmt, eine Erwägung, die, wenn ich sie anstellen würde, mich dazu führen könnte, das mir anvertraute Präsidentenamt niederzulegen. Ich hätte es gern, wenn die für Geschäftsordnungsbeschlüsse erforderliche Beschlußfähigkeitsziffer herabgesetzt würde. Die Leere der Bänke, der impotente, ich möchte fast sagen, nicht legale Zustand entspricht sicher nicht der Würde des Hauses. Aber ich lege darauf keinen prinzipiellen Werth und werde zufrieden sein, wenn Sie den Antrag Roeren annehmen. Freiheit kann nur bestehen, wenn man sich Beschränkung auferlegt. Durch die Annahme des Antrages Roeren leisten Sie dem Reichstag einen Dienst und damit auch dem Vaterlande (Lebhafter Beifall).

Abg. **Pieschel** (ntl.): Ich muß dem Abg. Singer gegenüber nochmals nachdrücklich betonen, daß der Antrag sich in keiner Weise gegen eine bestimmte Partei oder gegen die Immunität der Abgeordneten richtet. Es ist nicht der Fall, daß diese Angelegenheit mit dem Fall Liebknecht im Zusammenhang steht. Der Antrag richtet sich lediglich gegen den Mißbrauch der Redefreiheit. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) von dem Ausschluß betroffen werden, so können Sie ja an die Mehrheit des Hauses appelliren. Herr Singer fragt: Wo ist die Grenze? Die Grenze liegt in dem Anstandsgefühl, das wir jeder Partei des Hauses gegenüber haben. Der Antrag ist vorläufig genügend (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Vorläufig!)

Abg. **Lenzmann** (fr. Vg.). Ich habe im Namen meiner Partei folgende Erklärung abzugeben: Wir bedauern auf das Lebhafteste, daß der Herr Präsident von Levetzow, dem auch wir die größte Verehrung entgegenbringen, die Kabinetsfrage gestellt hat. Aber diese Verehrung für unseren Herrn Präsidenten kann uns doch nicht veranlassen, einen Schritt mitzumachen, der in seinen Konsequenzen eine ganz andere Bedeutung gewinnt, als jetzt die für seine Person. Herr Singer sprach von der Zerstörung des freien Bürgerthums, die sich in der Zustimmung zu diesem Antrag bekunde. Als Vertreter des freien Bürgerthums lehnen wir den Antrag Roeren ab. Wir halten ihn weder durch den Fall Liebknecht, noch sonst begründet

Abg. **Bebel** (Soz.): Auch ich bedauere es, daß der Herr Präsident die Kabinetsfrage gestellt; das wird das Haus ja veranlassen, den Antrag anzunehmen. Der Antrag wird damit begründet, daß er notwendig sei für die Erhaltung des Ansehens und der Würde des Hauses. Wenn das der Fall wäre, so ist es doch merkwürdig, daß der Herr Präsident von den ihm schon gegenwärtig zustehenden Befugnissen, von dem Recht, Mitgliedern beim dritten Ordnungsruf das Wort zu entziehen, keinen Gebrauch gemacht hat. In den ganzen 27 Jahren, die ich dem Parlament angehöre, ist von dieser Bestimmung der Geschäftsordnung nur ein einziges Mal Gebrauch gemacht worden, das war im Jahre 1872 und zwar gegen mich, anläßlich der Berathung eines nationalliberalen Antrags auf Einführung einer Verfassung in Mecklenburg. Und als ich an die Mehrheit des Hauses gegen die Wortentziehung appellirte, war die Folge davon, daß der damalige Präsident sein Amt niederlegte. (Hört! hört! links). Der Antrag richtet sich gegen unsere Partei, gegen unsere Redefreiheit; man will uns auch treffen für den Fall, daß wir beim Hoch auf den Kaiser sitzen bleiben. In früheren Zeiten wurden ganz andere Reden im Parlament gehalten, ganz andere Angriffe gegen die Regierung gerichtet. Damals erklärte Bismarck, der Ton, der im Hause herrsche, sei schlimmer als in allen Parlamenten der Welt. Früher bediente man sich der Aeußerungen: Rohe Gewalt, Niederträchtigkeit, schamlose Verleumdung. Die Rede Twesten's gegen die preußischen Rechte zog ihm keinen Ordnungsruf zu. (Redner führt eine Reihe von Aeußerungen Abgeordneter anderer Parteien an, die Beleidigungen gegen Mitglieder des Hauses enthalten.) In keinem Parlament der Welt wird so sachlich, so anständig debattirt wie in diesem Hause; aber in keinem Parlament der Welt ist die Redefreiheit so beschränkt. (Widerspruch rechts.) Auch der Präsident folgt dem allgemeinen Druck der Umgebung, in der er sich bewegt, er muß ihm folgen. Ich behaupte, die Redefreiheit in diesem Hause ist weit mehr beschränkt, als in irgend einer Volksversammlung. Ich kann mir keinen besseren Präsidenten denken, als den gegenwärtigen. Aber ich muß doch konstatiren, daß der Präsident mich in der siebenten Sitzung dieser Session zur Ordnung rief wegen Beleidigung der Nation, als ich davon sprach, daß der deutsche Bedientengeist sehr hoch nach oben hinaufreiche. Zu diesem Ordnungsrufe hatte der Präsident kein Recht (Lebhafter Widerspruch), der Präsident dieses Hauses hat nicht die Pflicht, was er unter der Würde der Nation versteht, gegen Angriffe von Abgeordneten in Schutz zu nehmen. (Lebhafter Widerspruch.) Nun war Herr Pieschel so ungeschickt, zuzugeben, daß dieser Antrag nur der Anfang sein solle, daß er „vorläufig" genüge. Ueberall in und außerhalb Zions ist gesündigt worden, nicht nur auf unserer Seite. Was haben wir gestern erlebt, als Kollege Schönlank auf die Tribüne trat. Die Handlungsweise, die ihm gegenüber geübt wurde, entspricht doch nicht dem Anstande, den man erwarten sollte. Wir sind ja aber überzeugt, alles Reden gegen den Antrag nützt nichts, er wird mit sehr großer Mehrheit angenommen werden.

Präsident **v. Levetzow** (der inzwischen den Präsidentensitz wieder eingenommen): Der Vorredner hat einen Ordnungsruf kritisirt, den ich ihm am 15. Dezember 1894 ertheilt habe. Er hatte damals gesagt: „Aber bei uns in Deutschland, da ist es anders, dafür sind wir auch Deutsche. Die deutsche Bedientennatur reicht bei uns bis nach oben hinauf." Dafür habe ich den Abg. Bebel zur Ordnung gerufen, und das ist mir auch in keiner Weise leid. (Lebhafter Beifall rechts.) In diesem Punkte habe ich gefunden, daß die Bedientennatur eine Eigenschaft der Deutschen sei. Ich habe darauf dem Abg. Bebel gesagt, er habe die deutsche Nation beleidigt, und er hat sie sehr schwer beleidigt. (Sehr richtig! rechts.)

Darauf wird die Diskussion unter großer Unruhe des Hauses geschlossen.

Der Antrag Roeren und Genossen wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur die Freisinnigen und die süddeutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und einige Polen und Centrumsmitglieder.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Etat.)

Schluß 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 16. Februar, 11 Uhr.

Die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Ministers."

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (Zentr, kons.) beschwert sich darüber, daß häufig aus Mangel an anderen geeigneten Personen in kleinen Gemeinden ländlichen Besitzern die Verwaltung von Standesämtern übertragen werde, die der Aufgabe nicht gewachsen seien. Vielleicht würde es sich empfehlen, die Beurkundung der Eheschließungen von der Beurkundung der Geburten und Todesfälle zu trennen und die erstere den größeren Standesämtern zu überweisen oder größere Bezirke zu bilden. Viele Gutsvorsteher, die zur Uebernahme des Standesamtes verpflichtet seien, würden dadurch in ihren Berufsgeschäften gehindert.

Minister **v. Köller** giebt die Uebelstände im Standesamtswesen zu, doch würde die Bildung von größeren Bezirken und die vorgeschlagene Trennung der Beurkundungen zu vielen Klagen im Publikum Anlaß geben.

Abg. **vom Rath** (ntl.) fordert, daß, nachdem die lex Huene aufgehoben sei, die Staatszuschüsse an die Kreise erhöht würden, da sonst die Kreise gezwungen seien, hohe Steuern zu erheben, und bittet § 14 des Jagdpolizeigesetzes dahin abzuändern, daß durchschnittlich jeder Jagdschein 20 M. kostet. — Redner führt Beschwerde über die Verfügung vom Oktober 1894, wonach der Zeitungsverkauf an Sonntagen auf den Bahnhöfen beschränkt worden ist.

Minister **v. Köller** giebt zu, daß in der Beschränkung des Zeitungsverkaufs eine große Belästigung des Publikums liege, und verspricht nach Möglichkeit Remedur zu schaffen. (Beifall links.) Gegen die Heraufsetzung der Jagdscheingebühr auf 20 M. werde in diesem Hause kaum jemand etwas einwenden. Das Jagen sei ein Vergnügen, und wer sich das leisten wolle, könne auch bezahlen. (Zustimmung rechts.) In anderen Staaten sei die Gebühr überall höher. Der Minister habe in verschiedenen Gegenden Deutschlands Jagdscheine, das koste ihm jährlich 97,50 M. (Heiterkeit.) Gegen einen etwaigen Antrag auf Erhöhung der Jagdscheingebühr habe er also nichts einzuwenden. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.) verlangt Beschränkung des Bureaukratismus in der Verwaltung und Vermehrung der Bureaubeamten auf den Kreisbureaus. Wenn der Bureaukratismus so weiter wachse, dann komme es dahin, daß die Verwaltung den Zusammenhang mit dem praktischen Leben verliert. Der Minister werde sich ein Verdienst erwerben, wenn er das Schreibwerk vermindert. (Beifall rechts.)

Minister **v. Köller** weist darauf hin, daß er stets bemüht gewesen sei und sich weiter bemühen werde, das Schreibwerk zu beschränken. Das Schreibwesen habe in vielen Fällen wegen der vielen neuen Gesetze zugenommen, deren Ausführung den Landräthen obliege. Noch viel schlimmer sei die Ueberlastung der Amtsvorsteher, deren Beseitigung sehr dringlich sei. Die Landräthe sollten das Unwesen der Dakatanzeigen einschränken. Leider würden die Amtsvorsteher als eine Art Vorinstanz für den Richter behandelt. (Sehr richtig! rechts.) Das seien Arbeiten, die die Amtsvorsteher zwar besser machten als die Gendarmen, die ihnen jedoch abgenommen werden müßten, wenn man nicht gestiftsentlich den Charakter des Ehrenamtes der Amtsvorsteherschaft nehmen wolle. Er (der Minister) werde in dieser Richtung auf den Justizminister wirken.

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole) kommt auf die gestrigen Ausführungen des Ministers und des Abg. v. Tiedemann zurück. Die Bestrebungen in Westfalen beruhten nicht auf national-polnischer, sondern auf religiöser Grundlage. Die starke Vermehrung des Polenthums in den östlichen Provinzen sei verursacht durch die sehr unklugen Maßnahmen der Regierung, insbesondere beim Kulturkampf. Für die Bedürfnisse der deutschen Katholiken in den polnischen Landestheilen werde so gut wie möglich gesorgt. Auch der Erzbischof von Posen lasse es sich angelegen sein. Die Rechte werde immer an ihren Behauptungen festhalten, aber auch die Polen. Wenn man dem Verein zur Förderung des Deutschthums ein kurzes Leben angedeihen lasse, werde man am besten dem Frieden dienen. (Beifall bei den Polen.)

Minister **v. Köller**: Es ist nicht meines Amtes, den deutschen oder den polnischen Verein zu unterstützen, sondern beide nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu behandeln. Von dem Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken ist nichts bekannt geworden, was thn unter § 8 des Vereinsgesetzes stellt. Dagegen fällt der Verband aller Polen Deutschlands nach seinen eigenen Statuten unter das Vereinsgesetz.

Abg. **v. Tiedemann-Bomst** (fk.) konstatirt, daß keine seiner Behauptungen widerlegt sei. Wenn die polnischen Vereine aufgelöst würden, werde auch der deutsche Verein aufgelöst werden.

Auf Anfrage des Abg. **Kotzchius** (bei keiner Partei) erwidert Minister **v. Köller**, die Landgemeindeordnung für Hessen-Nassau sei völlig ausgearbeitet, doch habe er noch keine Zeit gefunden, den Bericht des Provinziallandtags von Hessen-Nassau über diesen Punkt zu lesen. Er könne nicht sagen, ob die Vorlage noch in dieser Tagung an das Haus gelangen werde.

Abg. **Parisius** (Freis. Volksp.): Bei Gelegenheit unseres Antrages, das direkte Wahlrecht in Preußen einzuführen, wurde eine Resolution eingebracht, die die Regierung auffordert, statistische Untersuchungen über die Landtagswahlen zu veranstalten. Auf eine Erklärung des damaligen Ministers des Innern, daß solche Untersuchungen bereits geplant seien, wurde diese Resolution von uns zurückgezogen. Ich möchte nun wissen, ob man die Untersuchungen aufgegeben hat. Dann möchte ich die Aufmerksamkeit auf einige Wahlvorkommnisse in Osterburg-Stendal lenken. In Seehausen hat der Landrath von Jagow, der doch auch im Reichstage bei den Handelsverträgen lebhafte Opposition machte, auf eine Eingabe des Magistrats geantworter, er sei bemüht, eine Staatsbehilfe für das dortige Gymnasium zu erreichen, er bemerke jedoch, daß es der königl. Regierung schwer sein werde, eine Bürgerschaft zu unterstützen, die zu ihr in der heftigsten Gegnerschaft stehe. Seehausen hatte nämlich freisinnig gewählt. Diese Verfügung des Landraths ist durchaus unzulässig. Es handelt sich dabei um eine Schule, die entstanden ist durch die Stiftung eines freisinnigen Abgeordneten Schulze (Heiterkeit) in Höhe von 180,000 M.

Minister **v. Köller** erklärt für den richtigen Weg, in dieser Sache Klarheit zu schaffen, den Weg der Beschwerde, den auch Abg. Parisius hätte beschreiten sollen. Der Landrath müsse erst gehört werden, ehe sich sein Minister über ihn äußern könne. Was den ersten Fall betreffe, so bestehe für ihn (den Minister) keine Verpflichtung, alles, was irgend einer seiner Vorgänger versprochen habe, zu erfüllen. (Hört! hört! links.) In diesem Falle jedoch sei er vollkommen mit seinem Amtsvorgänger einverstanden. Die Wahlstatistik werde dem Hause in 4—5 Tagen vorgelegt werden. Allerdings beweise sie nicht, was die Herren (nach links) erwarteten, sondern daß die erste und zweite Klasse 1892 ein geringeres Wahlrecht, die dritte ein stärkeres gehabt habe als 1888.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Das Vorgehen des Abg. Parisius ist so recht bezeichnend für diejenigen Herren, bei denen man nicht weiß, ob der Parlamentarier für den Journalisten oder der Journalist für den Parlamentarier da ist. Der korrekte Weg wäre der gewesen, sich mit einer Beschwerde an den Minister zu wenden. Statt dessen wird die Sache hier vorgebracht, weil sich dann schöne Artikel daraus machen lassen. In der Verfügung sieht nichts anderes, als daß sich die Bürgerschaft Seehausens mit der Regierung in ein besseres Einvernehmen setzen soll. Politisches ist nicht dabei. Der Angriff ist also ganz ins Wasser gefallen. (Beifall rechts.)

Abg. **Parisius** (frs. Vp.): Wenn Graf Limburg meine schriftstellerische Thätigkeit, die wesentlich eine juristische ist, kennte, würde er den Angriff auf mich unterlassen haben. Ich habe mich über den Fall Seehausen nicht zu beschweren, die Sache geht mich persönlich nichts an, ich habe aber als Abgeordneter die Pflicht, darauf zu achten, daß die Wahlen unbeeinflußt vor sich gehen. Die Sache ist gar nicht so harmlos, wie der Minister sie auffaßte.

Minister **v. Köller**: Die Unterstellung, als ob ich den Fall als harmlos bezeichnet hätte, weise ich zurück. Ich habe nur gelagt, ich könne keinen Beamten meines Ressorts bloßstellen, bevor ich die Sache untersucht habe. Diesen Grundsatz werde ich stets befolgen. Ich weiß nichts vom neuesten und neuen Kurs, ich thue einfach meine Pflicht. Eins weiß ich, der Abgeordnete Parisius ist noch immer auf dem alten Punkte. (Heiterkeit.)

Der Titel „Ministergehalt" wird nunmehr bewilligt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Stempelsteuergesetz.)

Schluß 4 Uhr.

Letzte Telegramme.

Arco, 17. Febr. Heute abend 6½ Uhr wurde über das Befinden des Erzherzogs Albrecht folgendes Bulletin ausgegeben: Das objektive Befinden ist unverändert, das Senjorium ist zeitweise leicht getrübt, die Herzthätigkeit ist langsam und sinkt stetig, der Schwächezustand nimmt zu.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950218017/fragment/page=0003

Für die **Confirmation** empfehle

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

in grösster Auswahl und in jeder Preislage.

Jackets. — Schwarze und farbige Kragen. — Tücher.
Unterröcke. — Corsets. — Taschentücher.

Bruno Freytag

(d

Halle a. S., Leipziger Str. 100.

Buckskin-Reste
zu kleinen u. großen Anzügen, Hosen 2c., sowie eine Partie
zurückgesetzte Stoffe
werden zu Spottpreisen ausverkauft.

A. Wegerich,
2 Neunhäuser 2. (s

---

ff. Gemüse-Conserven
in Original-Packungen, billiger als jede Concurrenz, empfiehlt (s
Carl Booch, Breitestraße 1.

Möbel-Ausstattungen.
Gutgearbeitete **Sophas, Bettstellen** mit **Matratzen, Sekretäre, Vertikos, Ausziehsopha, Wasch-** u. andere **Tische, Küchenschränke, Spiegel, Stühle** 2c. offerirt zu äußerst billigen Preisen **Landwehrstraße 23,** Nähe am Bahnhof. **Kein Laden,** daher billigste Bezugsquelle für Möbel. (r

---

Gasmotoren-Fabrik Deutz, Köln-Deutz.

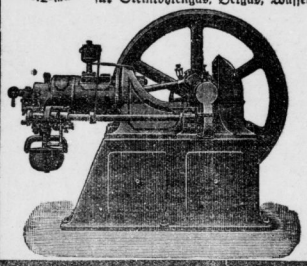
Verkaufsstelle: Leipzig, Bahnhofstr. 19.

OTTO Schutz-Marke

Otto's neuer Motor

OTTO Schutz-Marke

mit Schieber- oder Ventil-Präcisions-Steuerung
für Steinkohlengas, Oelgas, Wassergas, Generatorgas, Benzin u. Lampenpetroleum.



„Original Otto-Motoren"

werden in Deutschland **nur** in **unseren Werkstätten** in **Deutz** hergestellt und sind mit **unserem Firmenschild** und **unserer Schutzmarke** versehen.

Circa **42000 Maschinen** mit mehr als 170000 Pferdekräften in Betrieb.

160 Medaillen, Ehrenpreise, Diplome etc. nur für Motoren. (ad

---

Visitenkarten,
Buch- und Steindruck, in modernsten Größen, fertigt billigst (d
Albin Hentze,
Schmeerstr. 24.

Größtes Lager aller Arten (r
Böttcherwaaren.
G. Zander, Gr. Klausstraße 12.

Vertrauliche Auskünfte
über **Vermögens-, Familien-, Credit-, Geschäfts-** u. **Privat-Verhältnisse auf alle Plätze** der Welt ertheilen gewissenhaft, prompt und discret, auch übernehmen **Recherchen aller Art:**
Beyrich & Greve,
Internationales Auskunftsbureau
Halle a/S., Leipzigerstr. 101.
Günstige Abonnementsbedingungen.

Kinderheilstätte zu Salzungen.
Grosse Lotterie.
Ziehung am 7., 8. und 9. März 1895 zu Meiningen.
Hauptgewinn i. W. v. **50000 Mark,**
sowie ca. 5000 weitere größere und kleinere Gewinne.
Loose nur 1 Mark
(Liste 20 Pfg. extra)
hält vorräthig **Otto Hendel, Sortiment, Halle, Markt 24.**

Reinnickel und nickelplattirte
Küchen- und Tafel-Geräthe

Kaffee- und Theeservice, glatt und gouillochirt, Kaffeebretter u. Servirbretter, Kaffeemaschinen, Fleischschüsseln, Casserollen,
Bratpfannen, Weinkühler, Menagen, Tafelleuchter, Tafelbestecke, Theemaschinen, Butterkühler, Brodkörbe
empfiehlt in reicher Auswahl

Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 62.
Special-Katalog über praktische Wirthschaftsartikel und compl. Küchen-Einrichtungen **unberechnet und portofrei.** (s

---

Laden-Einrichtungen
fast neu, als **Waarenschränke** mit und ohne **Schiebethüren, Waarenregale, Kastenregale Ladentische, Cassen, Pulte, Stufenleitern** 2c. in **größter Auswahl** u. **besserer Waare** nur bei **Friedrich Peilcke,**
Geiststraße 25. (r

Frauen-Industrie- u. Kunstgew.-Schule
akademische Lehranstalt I. Ranges
für modernste Damenschneiderei u. Wäsche-Confection,
älteste und **bestrenommirte** am Platze,
Halle a.S., **Sophienstr. 17, Wilhelmstr.-Ecke.** (r
System und **Methode der Berl. Akademie.** (Massnehmen, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigen.) Ausbild. als **Directricen.** Für Damen **höh. Stände** Separat-Kurse. Honorar mässig. Prospecte gratis und franco durch die Vorsteherin **Clara Martini.**

Schon für 8¾ Mark
liefere 50 Mtr. 1 Mtr. hohes verzinktes

frachtfrei jeder deutschen Bahnstation zur Anfertigung schöner und dauerhafter Gartenzäune, Hühnerhöfe, Wildgatter etc. Preisliste aller Sorten Geflechte und Draht gratis durch
J. Rustein, Drahtwaaren-Fabrik,
Ruhrort am Rhein. (ad

Ernst Jentzsch,
Leipziger Str. 29.

Soxhlet-Apparate.

Soxhlet-Apparate.

Kindernährmittel
(sämmtliche) in stets frischer Beschaffenheit.
Apparate und Gummiartikel
zur künstlichen Ernährung und Hilfeleistung für Kinder und Wöchnerinnen. (r
Alle Verbandartikel und Desinfectionsmittel.

Orenstein & Koppel

Berlin S. W., Tempelhofer Ufer 24,
mit Filialen in: **Königsberg i/Pr., Danzig, Breslau, Hamburg, Leipzig, Dortmund, Cöln a/Rh., München, Strassburg i/Els., Prag, Wien, Budapest,**
sind **Fabrikanten** von aller Art
Eisenbahn-Baumaterial und übernehmen den
Bau von Kleinbahnen,
Bau von normalspurigen Anschlußgleisen,
betheiligen sich auch finanziell an den von ihnen zu bauenden Bahnen. (ad

---

Gebrauchte Feldbahn.
Ca. 3000 m transportables Gleise,
„ 1200 „ Gleis auslosen Schienen,
„ 5000 „ Gleis aus schweren Schienen,
40 Muldenkippwagen,
33 Kastenkippwagen,
7 Ziegelwagen, 8 Drehscheiben,
4 Weichen, alles sehr gut erhalten, verkaufen oder verleihen billigst
Oreństein & Koppel,
Leipzig, Packhofstr. 9. (ad

Uhren
Schweizerfabrikat, genau regulirt. Nickel-Remtr. 7, 8, 9; doppelt vergoldet, effektv. Patentw. **12 M. Silber-Remtr. 12, 13, 14, 15 M. Anker-Remtr. 16, 18, 20 M.,** solche mit 3 Silberd. **20, 22, 24 M. Damen-Remtr. 12, 13, 14,** in 18-kt. Gold **24, 25, 26 M.** Portofr.
Gottl. Hoffmann, St. Gallen. (

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und Markt 24 (Waagegebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950218017/fragment/page=0004